

Landeskonzferenz am 14. Oktober in Wolnzach

Auf der Landeskonzferenz der Beamtinnen, Beamten und Angestellten in Forst und Naturschutz haben die Mitglieder der Landesvertretung Bayern neue Akzente für die gewerkschaftliche Arbeit gesetzt und einen neuen Vorstand gewählt.

Andreas Schlegel, Vorsitzender der LV, kritisierte die Arbeitsbedingungen vieler KollegInnen: Die Praxis, befristete Arbeitsverhältnisse für forstliche Daueraufgaben zu begründen, hat zu einem Klassensystem bei den Beschäftigten geführt. Viele junge KollegInnen sind dadurch über ihre Zukunft verunsichert. Der weiterhin stattfindende Personalabbau führt bei vielen KollegInnen zur Überlastung: Anforderungen nehmen zu, die „work-life-balance“ geht vielen verloren. Schlegel: „Neben einer Entfristung von Arbeitsverhältnissen bei Daueraufgaben wie Klimaberatung und Bergwaldoffensive ist eine Aufgaben- und Belastungsanalyse für alle Beschäftigten ist dringend notwendig!“

Auch haben viele KollegInnen im privaten Bereich, häufig bei den Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen (FZus) keine tarifvertragliche Beschäftigungsgrundlage. Die Folgen sind fehlende oder falsche Eingruppierung und mangelhafte Fortbildungsmöglichkeiten.

Die Bayerischen Staatsforsten (BaySF) haben in ihrem neuen NHK III viele strukturelle Verbesserungen im Personalbereich vorgesehen, die für mehr Fairness sorgen. Allerdings dürfen, so Schlegel, außertarifliche Regelungen kein dauerhafter Zustand sein. Nur ein moderner, auf die Tätigkeiten ausgerichteter Tarifvertrag bedeute Respekt, außertarifliche Regelungen machen Beschäftigte zu Bittstellern.

Faire Arbeit braucht Zukunftsperspektiven, wie attraktive Ausbildungsangebote für Forstwirte, Techniker und Hochschulabsolventen. „Gläserne Decken“ zwischen der dualen Ausbildung und der Hochschulausbildung, müssen beseitigt werden. Die Zahl der Ausbildungsplätze für Forstanwärter/-referendare muss erhöht werden.

Auch bei der Umsetzung des Konzepts zur Gestaltung des Rückgangs staatlicher Betriebsleitung und Betriebsausführung im Kommunalwald (BL/BA) will die IG BAU einen offenen und fairen Umgang mit den Beschäftigten. Private Anbieter dürfen nicht Kommunalwälder zu Dumpingpreisen und –löhnen bewirtschaften. Die Forstverwaltung muss auf der Fläche präsent bleiben und die vorbildliche Bewirtschaftung des Kommunalwaldes gewährleisten.

Staatsminister Helmut Brunner nannte den Klimawandel, den demografischen Wandel, den Dialog mit den BürgerInnen und die Beratung der WaldbesitzerInnen als große Herausforderungen. Es müssen Aufgaben geprüft, das Personal optimal einsetzt und die MitarbeiterInnen mitgenommen werden. Brunner nannte drei Themen:

Kommunalwald: Die Kommunen sind mit der Arbeit der Forstverwaltung hochzufrieden. Dennoch muss geprüft werden, welche Aufgaben unabdingbar von staatlichen Förstern geleistet werden müssen. Seit 2005 ist ein Personalabbau in der Verwaltung politisch beschlossen. Im „Pakt für den Kommunalwald“ zwischen Staatsregierung und Kommunen ist festgelegt, dass der Umfang der BL/ BA an die zurückgehenden staatlichen Personalkapazitäten angepasst wird. Dienstleistungen können auch von anderen Anbietern oder mit kommunalem Personal erbracht werden. Für diesen Anpassungsprozess wurde ein bayernweites Konzept entwickelt:

1. Der Rückgang wird bei Kommunalwäldern ab einer Fläche von 200 Hektar geprüft. Erschwernisse wie ein hoher Schutzwaldanteil oder starke Waldflächenzersplitterung werden berücksichtigt. Für Kommunen mit weniger Waldfläche ändert sich nichts. Jeder Einzelfall wird genau betrachtet.
2. Der Prozess wird überlegt und im konstruktiven Miteinander von Beteiligten und Beschäftigten erfolgen. Der Zeitraum zur Umsetzung wurde deshalb bis 2025 ausgedehnt. Das ermöglicht eine fundierte Planung und den Aufbau tragfähiger Strukturen für alle Beteiligten.
3. Die Forstverwaltung wird auch nach dem Ende dieses Prozesses flächendeckend als Ansprechpartner für alle kommunalen und privaten Waldbesitzer zur Verfügung stehen.

4. Die Umsetzung wird sozialverträglich stattfinden. Altersfluktuationen sollen genutzt, mit dem HPR soll eine soziale Abrede vereinbart werden.

Waldnaturschutz: Dieser Bereich mit der großen Aufgabe Natura 2000 wird derzeit intensiv diskutiert. Die regionalen Kartier-Teams und die Natura 2000-Gebietsbetreuer an den Ämtern haben mit viel Engagement und Sachverstand die Gebiete kartiert und gemeinsam mit den Beteiligten Managementplanungen erstellt. Ab 2019 wird es verstärkt um die Umsetzung dieser Pläne gehen. Dafür müssen die Strukturen frühzeitig passend aufgestellt und gestärkt werden. Folgende Maßnahmen sollen jetzt angegangen werden, damit nicht in wenigen Jahren abrupte Veränderungen eingeleitet werden müssen:

1. Die Natura-2000-Spezialisten können größtenteils in ihrem Fachgebiet bleiben und werden an einer Fachstelle Waldnaturschutz pro Regierungsbezirk eingesetzt. Sie beraten die ÄELF in Naturschutzfragen und gewährleisten so eine hohe Beratungskompetenz im Privat- und Körperschaftswald.
2. Die Kompetenz der Revierleiter bei Natura 2000- und Naturschutzaufgaben wird gestärkt. Durch neue Fortbildungen wie „Natura 2000 für Revierleiter“ ab Herbst 2016 wird intensiv geschult. Die Umstrukturierung wird fließend und sozialverträglich bis 2019 erfolgen.

Beratung der FZus: Für deren Professionalisierung werden erhebliche finanzielle Mittel eingesetzt, ab 2005 waren es 3 Millionen, ab 2015 5 Millionen Euro jährlich. Weiter werden die FZus durch forstliche Berater unterstützt. Diese Beratung ist auf die Zeit bis 2019 angelegt. Im Waldpakt 2013 wurde eine Evaluierung der Beratung sowie der Leistungsfähigkeit der FZus für das Jahr 2016 festgeschrieben, die derzeit durchgeführt wird. Beschäftigte und Partner werden eingebunden. Brunner: „Ich habe veranlasst, dass die Ergebnisse so bald wie möglich kommuniziert werden. Der Evaluierungsbericht wird uns bis Ende des Jahres vorliegen. In 2017 werden wir die Erkenntnisse politisch bewerten. Dann können wir beurteilen, welche weitergehende Unterstützung eventuell auch über 2019 hinaus angesichts Klimawandel und demographischer Entwicklung notwendig ist.“

Auch künftig sind engagierte und qualifizierte Forstleute unverzichtbar. Die Herausforderungen im Forstbereich, so Brunner, nehmen zu. Die Ansprüche an die Waldbewirtschaftler und der Unterstützungsbedarf der Waldbesitzer steigen. Die Forstverwaltung und die BaySF setzen auf eine nachhaltige Nachwuchsgewinnung. Seit Jahren werden die Einstellungsmöglichkeiten voll ausgenutzt. 2016 konnten 19 junge Forstleute eingestellt werden.

Ein gutes Beispiel für Nachwuchsgewinnung ist das Thema „Forstmaschinenführer“. Die Initiative und das Engagement der IG BAU hat erreicht, dass in der überbetrieblichen Ausbildung der Forstwirte eine stärkere technische Ausrichtung verankert wurde. Brunner sieht hier einen gelungenen Kompromiss zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der den neuen Anforderungen in der Waldarbeit Rechnung trägt. Er dankt der IG BAU für Ihren Einsatz bei diesem und vielen weiteren wichtigen Themen.

Martin Neumeyer, Vorstandsvorsitzender der BaySF, ging auf die Verbesserungen im Personalbereich ein: Im Startprogramm (QE 3) kann eine persönliche Zulage bei Übernahme höherwertiger Aufgaben gewährt werden, ein persönlicher Dienstwagen wird gestellt. Angestellte Revierleiter mit Sonderaufgaben, z.B. für die Ausbildung, werden bei Bewährung nach E 12 eingruppiert. Die Möglichkeit einer leistungsorientierten Zulage für ServicestellenleiterInnen ist für BeamtInnen (A 13 Z) und Tarifbeschäftigte (EG 13 mit persönlicher Zulage) vorgesehen. Herausgehobene Angestellte der 4. QE sollen außertariflich vergütet werden.

Forstwirtschaftsmeister können bei einer Weiterqualifizierung zum Förster vom Betrieb gefördert werden: für die Dauer des Studiums kann Sonderurlaub nach §28 TV-Forst gewährt werden. Dieser Sonderurlaub liegt im betrieblichen Interesse und zählt damit für den Beschäftigten als Beschäftigungszeit. Für forstliche Angestellte der 3. und 4. QE wird aus Gründen der Personalgewinnung und Mitarbeiterbindung eine Zulage von bis zu 5 Prozent in den EG 10 bis 12 und von bis 6 Prozent in den EG 13 bis 15 des Tabellenentgelts der Stufe 2 der jeweiligen EG gewährt. Hierdurch ergeben sich Zulagenbeträge von 162,87 Euro in EG 10 TV-L bis 280,30 Euro in der EG 15 TV-L.

Robert Feiger, Bundesvorsitzender der IG BAU, kritisiert die Situation der Beschäftigten in der Forstwirtschaft. Reformen, Strukturveränderungen und die Verschlinkung von Verwaltungen und Betrieben bei meist gleichbleibender Arbeit schlagen unmittelbar durch auf die Qualität der Leistungen. Die Entwicklung hat zur

Überalterung der Belegschaften geführt. Das Durchschnittsalter im Forstbereich liegt bei über 50 Jahren. Dazu kommen Arbeitsverdichtungen und ein hoher Anteil an Befristungen. Auch die Unzufriedenheit über die tarifliche Eingruppierung führt zum Motivationsverlust. Die zunehmende Ausübung höherwertiger Tätigkeiten („Delegation von Aufgaben von unten nach oben“) ohne monetären Zugewinn stärkt zwar das Selbstwertgefühl, trägt aber nicht zur Wertschätzung bei. In vier Bereichen reagiert die IG BAU auf diese Entwicklungen:

- 1) Wir wollen mehr Einfluss bei der Gestaltung von Personalentwicklungskonzepten. In Hessen und Rheinland-Pfalz klappt das vorbildhaft, es sollte überall in Deutschland möglich sein.
- 2) Wir wollen Verhandlungen zur Verbesserung bestehender Eingruppierungsmerkmale, die der betrieblichen Wirklichkeit Rechnung tragen. In Hessen und Niedersachsen lassen sich Beispiele für eine gute Personalpolitik finden. Die IG BAU steht auch den BaySF als verlässlicher Verhandlungspartner für tarifvertragliche Vereinbarungen zur Verfügung.
- 3) Wir wollen Reallohnsteigerungen im öffentlichen Dienst durchsetzen. Es gilt, Anschluss an die Lohnentwicklungen der Gesamtwirtschaft zu halten.
- 4) Die IG BAU hat sich erfolgreich bei den FSC Standdarts eingebracht. Arbeiten im Wald dürfen nur von Personen durchgeführt werden, die über entsprechende fachgerechte Ausbildung, vorzugsweise eine forstliche Berufsausbildung, oder gleichwertige praktische Erfahrung verfügen. Arbeiten mit der Motorsäge werden ab 1. Juli 2020 nur noch von Personen durchgeführt, die eine Ausbildung zum Forstwirt haben oder über ein entsprechendes Zertifikat mit dem klangvollen Namen ECC Level 3 verfügen. Damit stellen wir sicher, dass Qualität in den forstlichen Dienstleistungen erhalten bleibt.

Feiger: „Diese zentralen Themen der Forstbranche müssen aber auch bei unseren Tarifpartnern auf Anklang stoßen. Ich hoffe, der heutige Tag trägt dazu bei, dass wir auch in Bayern bei den entsprechenden Fragen weiterkommen.“ Was für die Forstwirtschaft gilt, das gilt auch für die anderen Branchen. Vom Maurer bis zum Maler, von der Gebäudereinigerin bis zum Landwirt, vom Förster bis zur Floristin: In allen Berufen unter unserem Dach wollen wir für faire Arbeitsbedingungen sorgen.

Dazu gehören faire Löhne und Renten. Viele schaffen es nicht, abschlagsfrei in Rente zu gehen. Körperlicher Verschleiß oder witterungsbedingte Ausfälle sind oft die Realität. Am Ende des Erwerbslebens darf nicht Armut stehen. Wir brauchen einen leichteren Zugang zur Erwerbsminderungsrente und flexible Altersübergänge für alle, die es nicht bis zum regulären Altersgrenze schaffen. Die IG BAU hat dazu ein finanzierbares Modell vorgelegt. Feiger: „Wir erwarten von der Politik, dass sie das Thema Rente und Altersarmut ernst nimmt. Das Rentenniveau sinkt weiter, wenn nicht gegengesteuert wird.“ Die private Vorsorge hat ihr Versprechen nicht gehalten, viele können sich das Riestern nicht leisten. Die gesetzliche Rente muss stabil sein und perspektivisch wieder ansteigen. Die Rentenbeiträge müssen entsprechend angepasst, wenn nötig auch angehoben werden. Feiger nennt Österreich als solidarisch funktionierendes System. Dort zahlen alle in einen Topf ein. Dadurch bezieht der Eckrentner 1.560 Euro monatlich, und das 14 Mal im Jahr. In Deutschland kommt der Durchschnittsrentner auf 1.050 Euro. Eine auskömmliche Rente ist die Politik den künftigen Generationen schuldig.

Feiger ging auch auf aktuelle Themen ein: Im September gingen 320.000 Menschen, dabei viele GewerkschafterInnen, auf die Straßen, um ihrem Unmut über TTIP und CETA Luft zu machen. Die Botschaft: Handel braucht klare und faire Regeln. Umwelt- und Sozialstandards müssen angehoben statt gesenkt werden. Das sehen auch die Kolleginnen in Kanada so, wo der Forst angesichts der großen Waldflächen eine wichtige Bedeutung hat. Unfairen Regeln stellen wir uns entgegen, aber nicht mit allen, Freihandelskritik kommt oft auch von rechts. Feiger: „Für die IG BAU ist klar: Es gibt auf unseren Demos keinen Platz für Rassisten!“ Das sich so viele rechten Parteien anschließen, ist die Folge davon, dass die Politik die materiellen Ängste der Menschen Jahrzehnte ignoriert hat. Viele leben heute unterhalb der Armutsgrenze, oftmals trotz Arbeit. Eine umfassende und gerechte Sozialpolitik würde den Rechten den Wind aus den Segeln nehmen. Auch im sozialen Wohnungsbau fordert Feiger mehr Engagement: „Wir brauchen mehr Wohnraum in Deutschland. In den nächsten Jahren muss doppelt so viel gebaut werden wie bisher. Jährlich sind 400.000 neue Wohnungen nötig, um den Wohnungsengpass zu beseitigen.“ Mindestens 80.000 Wohnungen jährlich müssen für sozial schwächere Menschen gebaut werden. Dazu müsste der Bund das Dreifache an Geldern für die Länder

bereitstellen. Auch für Normalverdiener fehlt es an erschwinglichen Wohnungen: die Mieten steigen, mehr als die Hälfte des Lohns geht dafür drauf. Daran wird die Wohnbauoffensive der Bundesregierung nicht viel ändern: Nach den jetzigen Plänen soll auch teurer Wohnraum steuerlich begünstigt werden. Besser wäre es, wenn der Staat nur das fördert, was hinterher zu erschwinglichen Mieten führt. Die IG BAU fordert eine Sonderabschreibung für den Bau von Wohnungen mit Mietpreisbindung. Die Politik müsse deutlich machen, dass sie gerade für die kleinen Leute etwas tut. Feiger: „Rente, Handel, Wohnungsbau oder die Integration von Geflüchteten: im Wahljahr 2017 können wir zeigen, dass mit uns zu rechnen ist.“